



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

Lieferengpässe bei Arzneimitteln in Krankenhäusern beseitigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, die Lieferengpässe bei Arzneimitteln in Krankenhäusern abzustellen. Konkret müssen neben Großhandel und Apotheken auch die Arzneimittelhersteller zur Lagerhaltung verpflichtet werden. Verstöße müssen als bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit eingestuft werden.

Begründung:

In den vergangenen Wochen gab es beunruhigende Berichte über Lieferengpässe unter anderem bei dem Krebsmedikament Alkeran. Die erneute Lieferfähigkeit ist durch den Hersteller für Mitte Oktober angegeben. Bei 50 Patientinnen und Patienten musste daher eine nötige Stammzelltransplantation verschoben werden – mit allen Risiken eines Fortschreitens der schweren bis lebensbedrohenden Erkrankung. Viele andere Fälle sind seit Jahren bekannt, die Uniklinika beklagen wöchentlich zwei bis drei entsprechende Fälle aus allen Bereichen. Auch kleinere Häuser melden regelmäßige Schwierigkeiten bei der Belieferung mit Medikamenten. Die deutsche Gesellschaft für Infektiologie und der Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker warnen vor einer Gefährdung von Patienten durch Engpässe im Bereich der Antibiotikaversorgung, da die Ersatzpräparate Resistenzen begünstigen.

Leider reichen die im „Pharmadialog“ des Bundesministeriums für Gesundheit erzielten Maßnahmen nicht aus, das Problem zu beheben. Dort wurde folgendes vereinbart: „Um Lieferengpässen von Arzneimitteln entgegenzuwirken, wird eine Liste besonders versorgungsrelevanter, engpassgefährdeter Arzneimittel erarbeitet. Ein ‚Jour Fixe‘ unter Beteiligung der Bundesoberbehörden und Fachkreise soll die Versorgungslage beobachten, bewerten und so mehr Transparenz bei der Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoff schaffen.“ Ebenso wenig reichen die Ergebnisse des Bayerischen Pharmagipfels, zur Frage möglicher Liefer- und Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln und Impfstoffen einen Runden Tisch unter Federführung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege einzurichten. Beobachtung reicht nicht aus, um das Problem zu lösen, hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert. Es ist nicht hinnehmbar, dass es regelmäßig zu Einschränkungen der Arzneimittelversorgung bei Medikamenten aus dem gesamten Spektrum kommt und dadurch Patientinnen und Patienten schlechter versorgt werden. Zudem entsteht in diesem Zusammenhang ein enormer (vermeidbarer!) bürokratischer Aufwand in den Krankenhausapotheken.